
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHARDT-SAUER: IM JUSTIZSKANDAL SIND NOCH IMMER WESENTLICHE FRAGEN OFFEN

05.02.2021



„Die dem Rechtsausschuss bisher vorgetragene Erkenntnisse lassen es fraglich erscheinen, ob das Justizministerium die Aufarbeitung mit der notwendigen Intensität vornimmt. Darüber hinaus sind wesentliche Fragen nicht beantwortet. So ist es relevant zu wissen, ob Schadenersatzansprüche von Betroffenen, vor allem gegen das Land Hessen, bestehen könnten. Außerdem muss dringend geklärt werden, ob Gutachtenvergaben oder sonstige Beauftragungen Dritter in Verfahren bei der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit den von Alexander B. bearbeiteten Verfahren stehen, kontrolliert wurden. Und schließlich ist auch zu fragen, wie organisatorisch sichergestellt wird, dass nur Personen in die Ermittlung eingebunden sind, die keinen über berufliche Angelegenheiten hinausgehenden Kontakt zu Alexander B. hatten.“

Schardt-Sauer ergänzt: „Wir sehen uns gezwungen, dieses Thema wieder und wieder auf die Tagesordnung des Rechtspolitischen Ausschusses zu setzen, da die Justizministerin von sich aus in dieser Causa nicht informiert. Offenbar wird weiter versucht, das Thema kleinzuhalten und die Versäumnisse des Justizministeriums unter den Teppich zu kehren.“ Die Freien Demokraten haben daher einen [Dringlichen Berichtsantrag \(Drs. 20/5005\)](#) für die Sitzung des Rechtsausschusses in der kommenden Woche gestellt. Schardt-Sauer kündigt an, im Rechtsausschuss auch zur neu eingerichteten Stabsstelle Innenrevision beim Justizministerium nachzufragen. „Die Ministerin hat sich dazu bisher nur allgemein geäußert und lässt konkrete Informationen vermissen. So hat sie in einer kürzlich versendeten Pressemitteilung weder angegeben, wer der Leiter der Stabsstelle ist, noch welche konkreten Aufgaben dieser und die Stabsstelle als Ganzes übernehmen und welche Änderungen damit einhergehen. Auch das Organigramm des Ministeriums ist nicht geändert worden, sodass der Öffentlichkeit weitere Informationen verwehrt bleiben.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de